

Beat Kappeler

**Europäische Staatlichkeit und das
stumme Unbehagen in der Schweiz**

Mit Kommentaren von
Laurent Goetschel und Rolf Weder
Dozenten für Politologie und Ökonomie
am Europainstitut Basel

Das **Europainstitut der Universität Basel** ist ein rechts-, sozial- und wirtschaftswissenschaftliches Zentrum für interdisziplinäre Lehre und Forschung zu europäischen Fragen. Neben einem einjährigen, praxisbezogenen und interdisziplinären Nachdiplomstudium zum *Master of Advanced European Studies* werden spezielle Weiterbildungskurse angeboten. In der Forschung werden in Zusammenarbeit mit benachbarten Instituten sowohl fachspezifische wie multidisziplinäre Themen bearbeitet. Das Europainstitut ist als Ansprechpartner für Politik, Wirtschaft und Verwaltung beratend tätig.

Die Autoren:

Beat Kappeler ist ausserordentlicher Professor für Sozialpolitik am Institut de hautes études en administration politique (IDHEAP) in Lausanne und Publizist für Wirtschaftsfragen (regelmässiger Autor der Weltwoche). Kappeler studierte Politische Wissenschaften und Ökonomie mit Abschluss am Institut de hautes études internationales in Genf. Von 1972 bis 1992 war er Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Zurzeit ist er Mitglied der Eidg. Kommunikationskommission (KomKom).

Laurent Goetschel ist Dozent für Politologie am Europainstitut der Universität Basel und Geschäftsführer der Schweizerischen Friedensstiftung in Bern.

Rolf Weder ist Dozent für Ökonomie und europäische Integration am Europainstitut und am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Universität Basel.

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT VON GEORG KREIS	5
BEAT KAPPELER EUROPÄISCHE STAATLICHKEIT UND DAS STUMME UNBEHAGEN IN DER SCHWEIZ	7
LAURENT GOETSCHEL WARUM NACH VERBORGENEN GRÜNDEN SUCHEN?	15
ROLF WEDER ZUM VIELLEICHT GAR NICHT SO STUMMEN UNBEHAGEN	19
BEAT KAPPELER DUPLIK ZU DEN KOMMENTAREN VON GOETSCHEL UND WEDER	27

Vorwort

“Das Thema wird kaum diskutiert, allenfalls herrschen plakatierte Meinungen pro und contra vor.” Dies ist der Ausgangsbefund der hier vorgestellten Auseinandersetzung mit der kollektiven Befindlichkeit der Schweiz in Bezug auf die eigene Staatlichkeit und die im Bau befindliche gesamteuropäische Suprastaatlichkeit. Der Förderverein des Europainstituts hat den für seine kritischen Kommentare bekannten wirtschaftspolitischen Publizisten Beat Kappeler eingeladen, im Rahmen der Generalversammlung vom 7. September 2000, die Hinter- und Untergründe des “stummen Unbehagens” der Schweiz bezüglich dieser beiden Verhältnisse aufzuzeigen. Damit die Auseinandersetzung über den Tag hinaus weiterwirkt, haben wir den Text in unsere Schriftenreihe aufgenommen und die beiden der erörterten Problematik besonders nahestehenden Fachvertreter, den Politologen Laurent Goetscherl und den Ökonomen Rolf Weder, gebeten, sich ihrerseits mit der Auseinandersetzung auseinanderzusetzen. Die beiden Kollegen haben denn auch in erfreulicher Unbefangenheit von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. In einem dritten Schritt hat Beat Kappeler schliesslich eine Duplik auf die Replik formuliert. So wurde diese Nummer der Basler Schriftenreihe zu dem, was das Europainstitut auch immer wieder sein will: zu einem Forum für europapolitische Fragen.

Georg Kreis
Leiter des Europainstituts

© Europainstitut der Universität Basel 2001

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie die Verbreitung auf elektronischem, photomechanischem oder sonstigem Wege bedürfen einer schriftlichen Genehmigung des Europainstituts.

BEAT KAPPELER

EUROPÄISCHE STAATLICHKEIT UND DAS STUMME UNBEHAGEN IN DER SCHWEIZ

Öffentlicher Vortrag vom 7. September 2000 im Rahmen der Generalversammlung des Fördervereins Europainstitut

Nach der gelungenen Abstimmung über die bilateralen Verträge hat sich die Stimmung in der Schweiz gegenüber weiteren Integrations-schritten zur Europäischen Union nicht geklärt: die Parlamentskammern wälzen ihre Antwort auf die Beitrittsinitiative hin und her, die Wirtschaft schweigt - gesättigt - und in weiteren Kreisen wird das Thema kaum diskutiert, allenfalls herrschen plakatierte Meinungen pro oder contra vor.

Ein Behagen kann man das nicht nennen, also ist es ein Unbehagen, und es ist erst noch stumm.

Diese Stummheit hat ihren unmittelbaren Grund darin, dass die Schweiz kein Mitgliedsland ist. Daher haben keinerlei staatstragende Institutionen oder meinungsbildende Personen je die laufenden Verfassungsschritte europäischer Staatlichkeit mit jenem Engagement diskutiert, welches vom Gefühl **“tua res agitur”** bestimmt ist. Ich fehle nicht in der Erinnerung, dass 1985 das Binnenmarktprogramm als Delor'scher Übermut, und "Maastricht" mit dem Euro, den neuen Pfeilern, vor dem Gipfel überhaupt nicht wahrgenommen wurde. Die gegenwärtigen Vorbereitungen auf den Herbstgipfel 2000 rund um die Dimensionen der Mehrheitsentscheide als generelles Prinzip oder eines Kerneuropa mit peripheren Mitgliedern sind, wie ich feststelle, in der Schweiz kaum bekannt. Falls dagegen die Schweiz Mitglied der EU wäre, würden wohl täglich 30 Politiker, 30 Beamte, 30 Verbandsfunktionäre und 60

Personen des Kultur- und Wissenschaftsbereichs in Sitzungen mit ihren europäischen Partnern reden, 300 Tage im Jahr – ein quantitativ angedeutetes, qualitativ nicht zu unterschätzendes Element von Vertrautheit, Gespräch und Information.

Die Schweizer also sind unbehaglich und stumm in der EU-Frage, jedoch nicht nur aus diesen unmittelbaren Gründen. Andere, tieferliegende Gründe kommen dazu, sie haben mit den Überzeugungen zu tun, was ein Staat, was Politik sein soll und was nicht. Hinzu kommt auch noch die hohe Legitimität des bisherigen schweizerischen Weges, der ihm den erzielten Wohlstand und die wieder erreichte Vollbeschäftigung verschafft. Diese tief verwurzelten Gründe des stummen Unbehagens seien nunmehr vorgenommen.

The “ever closer Union” ist eine Realität, das heisst, die EWG, die EG und jetzt die EU zeigen allein schon in den Bezeichnungen eine beispiellose **Linearität der Entwicklung**, vom Minderen zum Besseren. Diese Integration, welche mühelos immer wieder Stufen nimmt, immer intensiver wird, hat für ein an Statik gewöhntes Land etwas Bedrohliches. Alle Projektionen von Allmacht, von Zwangsläufigkeit und Unentrinnbarkeit sind damit wach und wirksam. Zwar lehrt uns die eigene Geschichte die gleiche Linearität, in der territorialen Ausdehnung der acht, dann der dreizehn alten Orte, in der immer stärkeren Bindung vom Grossen Bund oberdeutscher Landen bis zu Staatenbund und Bundesstaat. Aber diese Linearität wird Europa nicht gerne zugestanden – zu verschieden empfinden viele Schweizer die Länder des Kontinents, zu tief sitzt das Misstrauen gegenüber der kürzlichen Geschichte. Denn immerhin hat das zwanzigste Jahrhundert gezeigt, dass die Höherentwicklungen der Kultur und Sicherheit durch Staatlichkeit umkehrbare Prozesse sind. Die europäische staatliche Kultur ist zweimal spektakulär gescheitert, Demokratie, Sicherheit und Menschlichkeit sind keine linearen Prozesse gewesen. Es bleibt die

Furcht der verschonten, aber in Grauen erstarrten Beobachter dieses Zwangs und Scheiterns von Linearität gesellschaftlicher Prozesse.

Die nächste Hemmung leitet sich aus der heute gegenläufigen politischen Korrektheit ab: Europäer, vor allem aber die deutschen Förderatoren, verlangen wegen dieser Erfahrung, dass die Völker und die Individuen einander schätzen und lieben sollen, dass multikulturelle Färbung zu wünschen ist. Die **eidgenössische Staatlichkeit leitet sich aus einem andern Gefühl ab** – man schliesst sich in Not zusammen, aber sonst lässt man einander die lange Leine, beharrt man auf Föderalismus, um einander nicht nähertreten zu müssen. Die Schweiz hat in den Zeiten des Nationalismus als nicht-nationale Einheit zusammengehalten, nicht weil ihre Teilkulturen einander liebten, sondern weil diese ihre kulturellen Mutterländer mehr verabscheuten und weil man minimale Konsens- und Verkehrsformen miteinander entwickelt hatte. Das ist noch heute so. Deutschschweizer und Welsche verstehen einander nicht (immer weniger, weil die Deutschschweizer immer atlantischer werden), sie interessieren sich nicht füreinander, aber es wäre ihnen unangenehmer, mit Frankreich, Deutschland oder Italien zusammen zu sein. Man hat dafür die Mechanismen, um aneinander vorbeizukommen. Der (deutsche) Diskurs, dass Europas Völker sich zusammenschliessen müssen, dass sie sich sehr ähnlich seien, stösst daher auf Unverständnis, kann am “eigenen Leib” hier nicht nachvollzogen werden.

Zwar könnte die europäische Konstruktion ebenfalls als Föderalismus gelesen werden – auf europäischer Ebene schliesst man sich zu den unbedingt notwendigen, gemeinsamen Werken zusammen und überlässt Kultur, Erziehung etc. den Nationen zur unterschiedlichen Ausführung. Doch wird die EU selten so dargestellt, und die erwähnte lineare Entwicklung zur “ever closer union” verdeckt diesen Aspekt. Die Osterweiterung und die damit angestrebten generellen Mehrheits-

entscheide bestätigen einmal mehr den Trend. Wenn einmal die "Kompetenzkompetenz" die europäische Ebene erreicht, hätte die Linearität gesiegt – europäische Organe würden dann festlegen, was die Kompetenzen der EU sind.

Die europäische Konstruktion und ihre tägliche Praxis sind das Werk politischer Eliten (nicht im qualitativen Sinne gemeint¹), während die Schweiz nur wenige Individuen dieser Funktion, nicht aber eine entsprechende Schicht, kennt. Die Minister des Rats und die Staats- oder Regierungschefs der intergouvernementalen Gipfel sind legitimierte Vertreter ihrer Länder, mit zugehörigen parlamentarischen Mehrheiten. Ihre europäischen Entscheide gelten zu Hause auch, können in die nationale Gesetzgebung übersetzt werden. Ausserdem schützt ein Europäischer Gerichtshof ihre Entscheide in extensiver Auslegung, wenn sie im Integrationssinne verlaufen.

Man kann sich das hier zuhause nicht richtig vorstellen, und es wird auch kaum diskutiert. Bloss in regelmässigen Kritiken dieses europäischen Politikstils wird dieser Unterschied angetönt. Interessanterweise kritisieren diesen Stil indirekt auch die EU-Befürworter, die deswegen EU-Europa mehr Volksrechte anbieten. Doch verkennen sie dabei, dass die Erhebung des europäischen Volkes zum Souverän gerade jenes Organ der EU-Staatlichkeit konstituieren würde, das die "Kompetenzkompetenz" erhält. Die entschiedene Reaktion der europäischen Polit-Elite gegen den Ruf des EU-Kommissars Verheugen nach Plebisziten zur Osterweiterung (Sept. 2000) zeigte, dass dies bewusst ist, oder dass eben eine Polit-Elite ihr Entscheidungsrecht verteidigt (und populäre Reaktionen fürchtet).

Doch dieser Politik-Stil des entschlossenen Regierens im Europäischen Rat und auf den Intergouvernementalen Gipfeln hat Folgen: Würde

¹ Schön beschrieben in: Larry Siedentop, "Democracy in Europe", Penguin, London, 2000.

die Schweiz sich in die EU integrieren, erst recht in eine EU, deren Rat dereinst nur noch mit Mehrheiten entscheidet, dann **müsste sie ihr politisches System intern stark hierarchisieren**². Die zu Brüssel im Rat legiferierenden Bundesräte müssten das Land (i.e. seine Regierung, gemäss Art. 146 EU-Vertrag) engagieren können, müssten die Entscheide, die Kreuzkompromisse durch sichere parlamentarische Mehrheiten bringen können.

Bei jeder Gelegenheit kann die Fahrigkeit schweizerischer Regierungstätigkeit gesehen werden, gerade auch bei Europafragen. Nach der Abstimmung zu den bilateralen Verträgen haben zwei Regierungsmitglieder in den Tagen darauf schon unterschiedliche Integrationsvisionen geäussert, und schon in der Woche darauf machte sich das Parlament an in der Folge mehrfach umgestossene Entscheide, wie einer Europa-Initiative zu begegnen sei. Dabei hatte man dem Volk versprochen, die Bilateralen hätten nichts mit der EU-Frage zu tun, aber Regierung und Parlament konnten diesen Eindruck nicht einmal mit geschickter Verschiebung der tagespolitischen Agenda vermeiden. Den Kontrast dazu bildet die englische, parlamentarisch gestützte Regierung, welche über den Regierungswechsel innerhalb der Tories (Thatcher zu Major) und von den Tories zu New Labour die nationalen Interessen gegenüber der EU ungefähr gleich interpretiert. Es muss im schweizerischen Fall damit gerechnet werden, dass der Bundesrat, ohne Koalition, ohne Programm, ohne Verantwortlichkeit und ohne parlamentarische Mehrheit, nie und nimmer in Brüssel "die schweizerische Stimme" (Föderalismus, Liberalismus, frugale Republik, Subsidiarität, etc.) mit einiger Konstanz hören liesse.

Vor diesen umrisshaft wahrgenommenen Perspektiven scheut sich der Schweizer, der schon unter sich keine institutionellen Reformen (des "régime d'assemblée" mit liberum veto aller) von Gewicht zuwege bringt.

² vgl. meine Vorschläge in: "Regieren statt revidieren", Weltwoche-ABC-Verlag, 1995.

Diese unter Anpassungsdruck an ein im Grunde politstil-fremdes System vornehmen zu müssen, verstärkt das stumme Unbehagen.

Damit in gewissem Zusammenhang steht die gegenseitige **Rolle von Staat und Wirtschaft**, welche die Schweiz zugesteht. Obwohl sich der schweizerische Staat als Interventionsstaat und als sozial beauftragter Umverteilungsstaat merklich zu dem anderswo Üblichen hin bewegt hat, liegt sein Selbstbild unter den Bürgern (und die quantitative Bedeutung) davon noch weit entfernt. Im Prinzip wird bis weit in die politische Linke hinein das Subsidiaritätsprinzip gebilligt. Dieses Prinzip wird aber nicht nur im föderalistischen Sinne, wie in der europäischen Diskussion seit 1990, aufgefasst, sondern als Vorzug der Lösungen durch die zivile Gesellschaft vor jenen durch den Staat. Nun aber belegt der europäische Staat bereits annähernd gleich viele Handlungsrechte wie der schweizerische Bundesstaat, die er formalistischer und energischer ausübt. Die Schweiz ist, trotz aller Fortentwicklungen, ein archaischer, frugaler Staat aus dem grossen liberalen Zeitalter Ende des 19. Jh. geblieben.

Seit die angelsächsischen Staaten nach 1979 zur angebotsreinigenden Reform im Verhältnis Staat-Wirtschaft übergegangen sind, und dies fühlbare wirtschaftliche Erfolge gezeitigt hat, erscheint der kontinentaleuropäische "Primat des Politischen" zunehmend überlebt, ein Zeichen vergangener Epochen, Epochen voll Inflation, Gruppenkämpfen und hohen Steuer- wie Sozialbelastungen. Insofern können der schweizerische Staat als modern angelsächsisch, die EU-Staatlichkeit aber als altmodisch, dem Verteilungsparadigma der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zugehörig, angesehen werden. Heute scheint sich die EU-Staatlichkeit nach einem langen Bogen dem Zustand der Schweiz wieder annähern zu wollen, welche dank ihrer Langsamkeit wie der Hase beim Igel "schon wieder da ist", wo die Weltgeschichte hin will...

Zwar haben viele politisch entschiedene Massnahmen der EU die Binnenmärkte dereguliert, jedoch wurde im Gleichzug nach aussen rereguliert (Handelspolitik, Telekommunikation, Agrarpolitik, Freizügigkeit etc.). Hierin tritt die EU als zentral zuständiger Flächenstaat gegenüber den zwei andern Polen der Triade auf. Dies wiederum ist nicht im Sinne der freihändlerischen Schweiz, die bei Widerwärtigkeiten eher für den Grundsatz "bene vixit qui bene latuit" optiert. Sich in den Zugwind zu hängen, verursacht deshalb stummes Unbehagen.

Wenn EU-Vertreter den Schweizern oft auch die Integration anempfehlen, damit man wieder mehr **Geltung in der Welt draussen** habe, kann das ein Land nicht verführen, das keine politische Elite hat, die Ansehen sucht, das seit Marignano ganz offiziell nichts mehr bedeuten will, und das damit sehr gute Erfahrungen machte. Es ist – der bisherigen Diskussion um die Haltung im Zweiten Weltkrieg zum Trotz – eine herausragende Leistung einer Führungsschicht wie der schweizerischen, ein Land anderthalb Jahrhunderte lang (1815-1945) mit allen möglichen Tricks und Kniffen aus Krieg und Krisen herausgehalten zu haben. Wir wissen, dass die Tricks nicht immer edel waren, dass auch Umstände ausserhalb der Schweiz massgeblich dazu beigetragen haben. Der Staatszweck aber wurde erreicht, das Eiweiss auf diesem Territorium überlebte und mehrte sich – eine einmalige Leistung dieser konservativen, stehkragenbewehrten Führungsschicht der damaligen Schweiz.

Deshalb kann der Trost mit der neuen Weltgeltung der EU also nur Nationalstaaten befriedigen, welche ihre Federn und ihre Imperien in den europäischen Bürgerkriegen des Jahrhunderts gelassen haben, aber er kann die Bürger eines verschonten Landes innerlich nicht erreichen. Die Legitimität des Hergebrachten ist zu gross in einem Lande, wo noch die Münzen der Jahre 1860 ff. von Hand zu Hand wandern und von Automaten akzeptiert werden.

* * *

Hiermit haben wir vielleicht einige der Felder stummen Unbehagens aufgespürt, welches die Schweizer gegenüber der Europäischen Union und ihrer zunehmenden Staatlichkeit hegen. Damit ist nicht gesagt, dass dieses Unbehagen unüberwindbar ist, dass andere Länder nicht ebensolche objektive und subjektive Schwellen auf ihrem Weg zur Einigung des Kontinents haben, dass ein Land nicht in der EU auf diese selbst einwirken könnte, oder dass die Europäische Union all den Schreckbildern entspricht oder immer entsprechen wird.

Denn die Veränderung ergreift auch die europäische Staatlichkeit: Das Imperium wacht und macht vieles unnötig oder unmöglich, was Europas politikversessene Eliten gerne geregelt hätten. So haben sich die amerikanischen Standards für Aktiengesellschaften, für deren Besteuerungshöhe, für deren Transparenzvorschriften, für die Kartell- und Monopolüberwachung durchgesetzt. So werden wichtige Grundsätze des zwischenstaatlichen Zusammenlebens (und der darauf abzustimmenden internen Ordnung) in der WTO, in IWF und Weltbank festgelegt. So beginnt die internationale zivile Gesellschaft echte Subsidiarität zu leben: in der Internet-Regierung, in Standards (bluetooth) und Berufsbildung on-the-job. Ausserdem würde ein Europa mit einer abgestuften Integrationstiefe (Kerneuropa einerseits und weniger engagierte Mitglieder andererseits) schweizerischen Ängsten auf gutem Wege entgegenkommen. Denn letztlich ist die Entwicklung der EU nicht zwangsläufig linear – auch die Schweizer Vertreter (hätten sie eine verantwortete Agenda) könnten sie verändern, und die Schweiz selbst ist nicht an einem idealen Schlusspunkt linearer Entwicklung angekommen. Sie könnte sich noch bewegen.

Daher wird es unumgänglich sein, endlich einmal das stumme Unbehagen in der Schweiz zu benennen, damit es wenigstens nicht stumm bleibt, sondern besprochen werden muss.

Laurent Goetschel

WARUM NACH VERBORGENEN GRÜNDEN SUCHEN ?...

Reaktion auf den Text von Beat Kappeler

Den Kern des Beitrags von Beat Kappeler bildet seine Aussage zum „stummen Unbehagen“ der Schweiz gegenüber der europäischen Staatlichkeit. Ich bestreite, dass die betreffenden Schweizerinnen und Schweizer Ihre Skepsis gegenüber Europa nicht offen aussprechen, und ich bestreite auch die Gründe, die Kappeler als Erklärung für dieses Unbehagen anführt.

Das Unbehagen eines grossen Teils (zurzeit offenbar der Mehrheit) der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gegenüber Europa ist im öffentlichen politischen Diskurs äusserst artikuliert und präsent: Wirtschaftliche Indikatoren, seien dies die Arbeitslosenrate, das Zinsniveau oder der Satz der Mehrwertsteuer, werden lautstark gegen eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz ins Feld geführt. Politisch werden die drohende Entleerung der Volksrechte, der Schutz von Föderalismus und Neutralität sowie die bürokratische Intransparenz und Technokratie der EU und ihrer Entscheidungsprozesse angeführt. Es folgen die Angst vor Überfremdung und vor der europäischen Verkehrslawine.

Diese Gründe sind alle mit dem Verständnis von Staatlichkeit verbunden, sei dies nun direkt über die Organisation des Staates oder indirekt über grundsätzliche Ziele und Erfolge staatlichen Handelns (oder Nicht-Handelns).

Die Existenz dieser Gründe bedingt auch keine minutiöse Verfolgung der Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses. Als ehemaliger Programmleiter des Nationalen Forschungsprogramms „Grundlagen und Möglichkeiten der schweizerischen Aussenpolitik“ (NFP 42) durfte ich dessen Ergebnisse vor verschiedenen politischen Gremien präsentieren. Vertreter der Schweizerischen Volkspartei (SVP) äusserten wiederholt ihren Unwillen gegenüber einer durch mehrere Fallstudien belegte SchlussThese („die Schweiz kann ihre Mitwirkung an sie betreffende Entscheidungen der EU nur durch eine entsprechende Mitgliedschaft sicherstellen“) absolut unmissverständlich. Detailkenntnisse und belegbare Argumente waren nicht gefragt. Die skeptische Haltung vieler Schweizerinnen und Schweizer hat somit mit „stummer Unbehaglichkeit“ wenig gemeinsam: Sie ist vielmehr laut und explizit.

Etwas anderes ist es, nach den Gründen für diese durchaus artikulierte, selbstsichere und etablierte Gegnerschaft eines EU-Beitritts zu Fragen. Kappeler mag mit einigen seiner Gründe durchaus recht haben: die – weitgehend auf ihrem bisherigen Erfolg beruhende – hohe Legitimität des schweizerischen Weges, der damit erzielte Wohlstand, etc. Dabei handelt es sich jedoch keineswegs um tief verwurzelte, quasi zu entdeckende Faktoren: Sie sind evident und werden auch als solche thematisiert.

Weitere Punkte, die Kappeler erwähnt, müssen jedoch hinterfragt werden. Zu seinem Elitenbild der EU: Die tägliche Praxis der Integration ist nicht das Werk von Ministern, geschweige den von Staats- oder Regierungschefs. Auch wenn diese von Zeit zu Zeit wesentliche Entscheidungen treffen, wird das „Tägliche“ der Integration von qualifizierten, mehrsprachigen Fachbeamten erledigt. Da hätte die Schweiz durchaus etwas zu bieten... Auch was die Entscheidungskompetenz von Bundesräten betrifft, nimmt sich die Lage nicht so dramatisch an,

wie dies Kappeler stipuliert: Entscheiden in Brüssel „fachfremde“ Minister über Geschäfte aus anderen Departmenten bzw. Ministerien, geschieht dies kaum je überraschend. Die entsprechenden Geschäfte lassen sich somit vorbereiten bzw. absprechen. Dass auch andere Regierungen nicht immer über den notwendigen politischen Rückhalt zur unmittelbaren Umsetzung in Brüssel abgegebener Versprechen verfügen, wurde in der Vergangenheit genügend gezeigt. Die Forderung Kappeler's nach einer klareren Hierarchisierung des Schweizer Systems als Vorbedingung für einen EU-Beitritt ist somit wenig verständlich. Gegebenenfalls wäre zur besseren Koordination ein alle Departemente umfassendes Integrationsbüro zu bilden. Bereits betrifft die Koordination in Sachen Europa weit mehr als das EDA und das EVD. Übrigens sprechen auch andere Länder in Brüssel nicht immer mit einer Stimme, was durchaus auch Vorteile haben kann.

Schwer verständlich erscheint Kappeler's implizite Aussage, die europäischen Völker würden sich – anders als die West- und die Deutsch-Schweizer – alle „lieben“ und damit die Grundlage europäischer Staatlichkeit liefern. Die ganze theoretische Literatur aus der Politikwissenschaft über die Entstehungs- und Weiterentwicklungsfaktoren der europäischen Integration widerspricht dieser Aussage. Sie variiert in ihren Erklärungsmustern von rein funktionalen, technischen Gründen über nationalstaatliche Eigeninteressen bis hin zur Entstehung unbeabsichtigter Abhängigkeiten und Sachzwänge. Aber vielleicht wurde die Bedeutung des Emotionalen bisher auch nur unterschätzt... .

Dass die EU schliesslich nur gestürzte Kolonialstaaten zu „befriedigen“ vermag, na ja, da müsste schon der Zusammenhang zwischen der kolonialen Vergangenheit der Iren, der Dänen, der Luxemburger sowie einiger weiterer Europäer und ihrem europäischen Befriedigungsgrad untersucht werden. Wenn Kappeler am Schluss seiner Überlegungen die abgestufte oder differenzierte Integration gewissermassen

als wundersame Zwischenlösung für die Schweiz stipuliert, fragt sich der Leser, was denn der Bezug dieser Massnahme zu den vorangehenden Argumenten sein soll. Zudem haben – so nebenbei gesagt – zwei Studien des NFP 42, die eine politologischer und die andere rechtswissenschaftlicher Ausrichtung, kürzlich eine Fülle von Argumenten vorgelegt, die begründen, wieso die differenzierte Integration keine nachhaltige Option für die Ausgestaltung der Beziehungen der Schweiz zu Europa bilden könne.

Um zu einem Schluss zu kommen: Es ist nicht besonders ergiebig, auf der Hand liegende Faktoren einer Schweizer Ablehnung der EU-Mitgliedschaft zu ignorieren und stattdessen nach offenbar tiefsitzenden, unbewussten Gründen zu „buddeln“. Die Schweiz braucht in ihrem Verhältnis zu Europa keine Therapie: Ihr grösstes Problem ist zurzeit wohl, dass ihre Nicht-Mitgliedschaft ihr kein grösseres akutes Problem beschert. Sie regelt die anfallenden Fragen bilateral und fühlt sich nicht bemüsst, Grundsatzfragen in überstürztem Tempo anzugehen. Damit wird nicht bestritten, dass die Schweiz durch ihr Abseitsstehen von der EU längerfristig Gefahr läuft, sich politisch abzukapseln und an wichtigen Entscheidungen nicht teilzuhaben. Der Autor dieser Zeilen hat seine diesbezügliche Sorge vor kurzem dargelegt (BaZ, 14. Februar 2001). Dies wäre jedoch eine ganz andere Frage, der sich Kappeler in seinem Vortrag nicht angenommen hat.

Rolf Weder

ZUM VIELLEICHT GAR NICHT SO STUMMEN UNBEHAGEN

Reaktion auf den Text von Beat Kappeler

1. Einleitung

In gewisser Weise trifft Beat Kappeler den Nagel auf den Kopf. *Stummes Unbehagen* als Charakterisierung der allgemeinen Gefühlslage in der Schweiz zur europäischen Integration und insbesondere zur Europäischen Union (EU). Ich schreibe bewusst “in gewisser Weise”. “Unbehagen”? – Ja. “Stumm”? – Jein. Als Beat Kappeler am 7. September 2000 den Vortrag des Papiers am Europainstitut der Universität Basel hielt, war es vielleicht noch stumm. In der Zwischenzeit, gerade auch im Zusammenhang mit dem “Nein” zu “Ja zu Europa”, hat sich die öffentliche Auseinandersetzung mit der europäischen Integration in der Schweiz intensiviert. Die bilateralen Verträge, erste Vorverhandlungen zu weiteren Verhandlungen, Stellungnahmen zur Reform des Entscheidungsprozesses in der EU füllen täglich die Seiten der (schweizerischen) Tageszeitungen. Beispiele wie das Desaster bei der alten SAir Group, der Druck deutscher Gemeinden auf den Flughafen Zürich oder die Drohungen des Auslandes auf gewisse Ausstiegsstrategien der neuen Swissair im Ausland führen vor Augen, dass das Thema “europäische Integration” nicht ignoriert werden kann. Man diskutiert darüber. Es ist ein Thema geworden, nicht nur unter Politikern und Intellektuellen.

Wie steht es aber innerhalb der EU selber? Existiert dort nicht in vielen Kreisen ebenfalls ein Unbehagen – und ist es in Anbetracht der

bescheidenen wirklichen Einbeziehung vieler Kreise in den politischen Entscheidungsprozess der EU nicht auch relativ stumm, vielleicht noch stummer als in der Schweiz? Wie in Kappeler's Beschreibung der "Polit-Eliten" angetönt, schrieb kürzlich auch Andreas Doepfner von der NZZ "der Debatte über die europäische Integration fehlt ein wesentliches Element – die Teilnahme des Publikums. Dies, obwohl sie öffentlich zelebriert wird" (Neue Zürcher Zeitung, 5./6. Mai 2001, S. 3). Er schliesst mit der rhetorischen Frage: "Oder hat die Politik etwa Angst vor dem Volk?". In der Schweiz mag dies zwar auch zutreffen, doch verhindert die direkte Demokratie, dass sich die Politik etwas vormachen kann. Die Politiker werden schneller "auf den Boden der Realität geholt", wie das manchmal im Volksmund ausgedrückt wird. Diese Tatsache widerspiegelt sich m.E. auch in der Europapolitik der Schweiz.

Ich möchte im folgenden sechs Punkte von Beat Kappeler herausgreifen und dazu jeweils kurz Stellung nehmen. Dabei handelt es sich, wie Sie bald sehen werden, nur beschränkt um Themen, zu denen ich als Ökonom viel zu sagen habe. Oft geht es mehr um die persönliche Einschätzung, die ich hier etwas einfließen lasse.

2. Sechs Argumente zur EU-Debatte und zum Unbehagen in der Schweiz

(1) Die Wirtschaft schweigt, plakatierte Meinungen pro oder contra herrschen vor

Kappeler stellt zu Recht fest, dass sich "die Stimmung in der Schweiz gegenüber weiteren Integrationsschritten zur Europäischen Union nicht geklärt" hat. Doch ist dies wirklich erstaunlich? "Die Wirtschaft schweigt – gesättigt". Der Grund für dieses Verhalten liegt m.E. darin, dass durch die bilateralen Verträge – so, wie das beim EWR bereits der Fall gewesen wäre – die rein *wirtschaftliche* Integration bereits realisiert sein

wird. Die Diskriminierung von schweizerischen Exporten in die EU wird mehr oder weniger beseitigt, der Marktzugang von europäischen Produkten und Dienstleistungen auf dem Schweizer Markt wird erleichtert. Die gesamtwirtschaftlichen Vorteile einer vollen EU-Mitgliedschaft der Schweiz erscheinen durch den bilateralen Vertrag grösstenteils bereits vorweggenommen, wie verschiedene Studien zeigen. Warum soll sich vor diesem Hintergrund die Wirtschaft noch für einen Beitritt stark machen? "...und in weiteren Kreisen wird das Thema kaum diskutiert, allenfalls herrschen plakatierte Meinungen pro oder contra". Meines Erachtens bestätigt dies, dass es sich beim EU-Beitritt der Schweiz doch zu einem grossen Teil um eine *politische* Frage handelt: wollen wir dabei sein, können wir die Politik beeinflussen? Da diese Fragen viel mit persönlicher Präferenz und auch auf gewissen Spekulationen beruhen, ist es wiederum nicht erstaunlich, dass gerade hier oft plakatiert und emotional argumentiert wird.

(2) Stummheit, weil die Schweiz kein Mitgliedsland der EU ist

Der Feststellung, dass die politischen Diskussionen über die Probleme und die Zukunft der EU auch in der Schweiz vermehrt geführt würden, wenn die Schweiz ein EU-Mitgliedsland wäre, ist sicher zuzustimmen. Die genannten Zahlen von nach Brüssel reisenden und dort involvierten Schweizern und Schweizerinnen zeigen, dass hier rein quantitativ eine vermehrte Auseinandersetzung stattfinden würde. Und die Diskussion im schweizerischen Publikum wäre aufgrund der direkt-demokratischen Instrumente wahrscheinlich auch relativ gross. Andererseits muss man sich fragen, ob die auf der Ebene der EU stattfindenden Diskussionen nicht wiederum sehr weit von der täglichen Erfahrung der einzelnen Bürger und Bürgerinnen in der Schweiz entfernt wären, was die Diskussion ähnlich wie bei ihren Kollegen und Kolleginnen in der EU weniger interessant machen würde. Dies gilt natürlich nicht bei weitreichenden Fragen wie z.B. derjenigen zur Zins-

besteuerung für Vermögen in der Schweiz oder der Regulierung des Transitverkehrs. Schliesslich ist die Auseinandersetzung als solche aber auch nicht ein Selbstzweck, und man darf natürlich die Frage der Kosten und des Nutzens dieses Mitredens und dieser Mitbestimmung stellen.

(3) Hemmung der Schweiz aufgrund der eidgenössischen Staatlichkeit

Kappeler argumentiert, dass in der EU eine Art Paradigma der Nächstenliebe („einander schätzen, lieben“) vorherrsche. Dem gegenüber steht die eidgenössische Staatlichkeit, welche eher einen Zusammenschluss unter Not bedeute: „Deutschschweizer und Welsche verstehen einander nicht (...), sie interessieren sich nicht füreinander, aber es wäre ihnen unangenehmer, mit Frankreich, Deutschland oder Italien zusammen zu sein“. Diese Differenz zwischen dem (angepeilten) Paradigma in der EU und dem Selbstverständnis in der Schweiz begründe also eine „Hemmung“ der vermehrten Integration der Schweiz in die EU. Ist dem so? Ich weiss es nicht. Erstens bin ich mir nicht so sicher, ob die Beschreibung des Paradigmas in der EU wirklich adäquat ist. Besteht dort wirklich dieses „Familiengefühl“ bei den Individuen der unterschiedlichen Länder und Kulturen? Zweitens bezweifle ich, ob die Einwohnerinnen und Einwohner der verschiedenen Sprachregionen in der Schweiz sich wirklich schlechter verstehen, sich weniger füreinander interessieren und weniger „mögen“ als dies z.B. innerhalb der EU der Fall ist. Natürlich unterscheiden sie sich in Bezug auf Verhalten, Präferenzen und Wertvorstellungen. Ich glaube eher, dass hierzulande eine gewisse Bewunderung für das „Andersartige“ besteht und dass der Durchschnittsschweizer stolz ist, dass die Schweiz über diese multikulturelle Eigenschaft verfügt. Weshalb würden wir sonst dies auch gegenüber ausländischen Gästen immer wieder betonen?

(4) Politische Eliten bestimmen die europäische Konstruktion und Praxis

Die Beschreibung der Interessenvertretung der Länder in der EU und des europäischen Politikstils zeigt, dass hier relativ fundamentale Unterschiede zum politischen (Werte-)System der Schweiz bestehen. Kappeler argumentiert, dass ein (wichtiger) Grund für das schweizerische Unbehagen gegenüber der EU genau hier liegt. Dem ist meines Erachtens zuzustimmen. Die Schweizer und Schweizerinnen sind traditionell skeptisch gegenüber (intellektuellen und politischen) Eliten. Dies zieht sich quer durch die ganze Gesellschaft hindurch. Die Skepsis hat natürlich auch Kosten zur Folge – die sich z.B. in der Schule zeigen, wo die wirklich Begabten vielleicht nicht die Förderung genießen, wie das in anderen Ländern der Fall ist. Sie führt aber auch zu positiven Werten in der Gesellschaft: sie fördert m.E. das gegenseitige Verständnis, erweitert den Horizont und erhöht die Bescheidenheit. Die direkte Demokratie ist ein wichtiger Ausfluss dieser Skepsis gegenüber Eliten. Viele Politökonomien sehen aber gerade in dieser Form der Demokratie positive Eigenschaften. Sie bringt Stabilität, beschränkt die Einflussnahme des Staates auf Wirtschaft und Gesellschaft und erhöht die Selbstverantwortung von Bürger und Bürgerinnen. In den Worten Kappelers: „Die entschiedene Reaktion der europäischen Polit-Elite gegen den Ruf des EU-Kommissars Verheugen nach Plebisziten zur Osterweiterung (Sept. 2000) zeigte, dass (...) eben eine Polit-Elite ihr Entscheidungsrecht verteidigt“. Dies muss bei Schweizern und Schweizerinnen aufgrund ihres politischen Selbstverständnisses Unbehagen erzeugen, und es ist ganz klar, dass auch sie ihr Entscheidungsrecht verteidigen wollen.

(5) *Der europäische Staat übt seine Rechte formalistischer und energischer aus*

Kappeler betont die Skepsis der Schweizer gegenüber einem starken Staat und dem „kontinentaleuropäischen Primat des Politischen“. Er argumentiert, dass sich der relativ starke Hang in vielen europäischen Staaten, die Wirtschaft zu regulieren und hohe Steuer- und Sozialbelastungen einzuführen, zwar in den letzten Jahren reduziert hat. Dies lasse aber die Schweiz als „modern angelsächsisch, die EU-Staatlichkeit aber als altmodisch“ erscheinen. Die (stabile) Schweiz ist quasi „schon wieder dort“, wo die EU bzw. die Weltgeschichte hin will. In diesem Punkt bin ich kritischer als Beat Kappeler. Obwohl der doch stärkere und regulierungsfreudige „Staat“ in der EU ein gewisses Unbehagen bei den Schweizern auslösen mag (man spricht oft von Bürokratisierung, auch z.B. bei der Vergabe von Forschungsmitteln), so hat das oft auch mit reiner Vertretung der Interessen von bisher gut geschützten Sektoren in der Schweiz zu tun. Viele haben in der Schweiz sehr wohl erkannt, dass die Abstinenz des Staates bei der Schaffung funktionsfähiger Märkte auch negativ wirken kann. So wurde erkannt, dass in Bereichen wie der Wettbewerbspolitik, der Umweltpolitik und auch im Konsumentenschutz die EU z.T. fortschrittlicher agiert. Die Schweiz ist hier teilweise nachgezogen und hat gerade im Kartellrecht Konzepte und Erfahrungen aus der EU übernommen. So besteht hier nicht nur Unbehagen; die EU hat in diesen Bereichen für weite Kreise auch einen gewissen Vorbildcharakter erhalten. Allerdings kann zu recht ein Unbehagen im Bereich des Handels (z.B. im Textilhandel) und der Regionalpolitik entstehen, wo die Schweiz bei einem EU-Beitritt durchaus kostenwirksame neue Regulierungen einführen und Transfers leisten müsste.

(6) *EU-Beitritt, um wieder mehr Geltung in der Welt draussen zu haben*

Hier wird ein wunder Punkt angetönt. Es ist in der Tat so, dass gerade auch EU-Befürworter betonen, dass die Schweiz heute in der Weltgesellschaft marginalisiert ist, dass man nicht mehr richtig mitreden könne und dass Delegationen der Schweiz in verschiedenen Institutionen nicht mehr beachtet und ernst genommen werden, weil die Schweiz eben nirgends so richtig dazugehöre. Kappeler argumentiert nun, dass dies aus Sicht des Volkes vielleicht gar kein Problem sei, da die Erreichung von mehr Geltung als Folge eines EU-Beitritts „ein Land nicht verführen [könne], das keine politische Elite hat, die Ansehen sucht, das seit Marignano ganz offiziell nichts mehr bedeuten will, und das damit sehr gute Erfahrungen machte“. Die Schweiz also ein in gewisser Weise opportunistisches Land, das praktisch dort mitmacht, wo es ihm nützt und die Frage nach dem Ansehen nicht stellt. Ist dem wirklich so? Sind die Schweizer nicht auch stolz, wenn die Schweiz in der Welt als „unabhängiges“, „verlässliches“ und „ehrliches“ Land gilt. Ist es nicht gerade die Eigenwilligkeit und das Widersetzen gegen jegliche Obrigkeit, welches vielen Schweizern und Schweizerinnen tief in den Wurzeln steckt? Daraus resultiert natürlich ein gewisses Unbehagen gegenüber einer Vielzahl von internationalen Abkommen. Das Problem besteht allerdings darin, dass sich die Schweiz oft auch dann nicht für eine multilaterale Angelegenheit stark macht, wenn über deren Inhalt ein relativ grosser Grad an Einigung und Befürwortung besteht.

3. Schlussfolgerung

Mit dem „(stummen) Unbehagen“ hat Beat Kappeler einen wichtigen Aspekt des Verhältnisses der Schweiz zur EU erfasst. Dieses Unbehagen zu artikulieren und herauszufinden, worauf es wirklich basiert,

ist eine wichtige Aufgabe der nahen Zukunft: „Daher wird es unumgänglich sein, endlich einmal das stumme Unbehagen in der Schweiz zu benennen, damit es wenigstens nicht stumm bleibt, sondern besprochen werden muss“. Vielleicht beruht es auf Unwissen und Vorurteilen. Vielleicht liegen die Gründe, wie in den obigen Ausführungen angedeutet, tiefer. Sicher ist, dass die Auseinandersetzung mit dem Unbehagen zumindest dazu führen wird, dass die Gefühle und Gründe für einen allfälligen Nicht-EU-Beitritt der Schweiz besser begriffen und verstanden werden können. Ein Kollege sagte mir kürzlich einmal, dass die Frage des EU-Beitritts eine Frage des Herzens und weniger des Verstandes sei. Vielleicht hat er Recht. Und doch glaube ich, dass wir den Verstand dabei einsetzen sollten. Eine offene Auseinandersetzung mit dem Unbehagen hat bereits angefangen und, dies ist die Aufgabe von uns allen, muss vertieft werden.

Beat Kappeler

DUPLIK ZU DEN KOMMENTAREN VON GOETSCHEL UND WEDER

Dank der Reaktion der zwei Mitautoren dieses Bändchens vermindert sich das "stumme Unbehagen" schweizerischer Debatten um das Verhältnis zur EU schon wieder ein wenig! Sie tragen klare Standpunkte bei. Damit wäre vielleicht zu verdeutlichen, was ich mit dem Ausdruck auch noch meinte - es stimmt natürlich, dass die Gegner zumindest sich um ein lautes Nein nicht zieren, dass das Volk nun im März 2001 ebenfalls klar gegen rasche Verhandlungen gesprochen hat. Aber Laurent Goetschel zeigt, dass viele vorhandene Studien zur Frage Schweiz-EU nicht wahrgenommen und diskutiert werden, dass das Nein einfach unbelastet davon daherkommt. Das ist eine sehr eindrückliche Stummheit.

Wie Rolf Weder richtig bemerkt, sind viele wirtschaftliche Fragen durch die gelungene assoziative Integration gelöst und stören nicht mehr derart, dass man darüber reden müsste. Aber die Stummheit grassiert im Lande dort, wo es um unsere eigene und die Staatlichkeit der EU geht. Die vor Nizza nicht vorhandene Wahrnehmung der meisten Schweizer, was sich in der EU-Verfassung bewegt, hat sich auch nach dem Gipfel nicht eingestellt. Wenn nun auf das Jahr 2004 hin bereits die lauten Vorschläge aus Deutschland, Brüssel, die Reaktionen aus London, Spanien und Paris erklingen, verfolgt die Mehrheit unserer Politiker und der Regierung dies auf der Zuschauertribüne. Nach neuesten Vorstellungen sollte 2004 ein Konvent buntester, vielleicht nicht sehr direkt legitimierter Kreise eine EU-Verfassung angehen und einen EU-Staat beschreiben, wie er deutsch-romantischer Staatsgewalt seit je entspricht. Es sind diese "deutschen Förderatoren", wie ich bemerkte, nicht die einzelnen Europäer, welche einen eigentlichen

Gemeinschaftsrausch vorgeben. Die meisten Schweizer dagegen haben ein weit zögernderes Verhältnis zum Staat als diese deutschen und manchen europäischen Stimmen, und dieser Staat ist deshalb mit unendlichen Checks and Balances ausgestattet, weit mehr als die in der EU zusammengeschlossenen Staaten sie kennen. Vor allem leben die Schweizer im Gefühl, politische Dossiers jederzeit wieder politisch öffnen zu können. Die von Laurent Goetschel erwähnte Herstellung EU-Europas durch die tägliche Arbeit "qualifizierter, mehrsprachiger Fachbeamter" widerspricht genau dieser Anforderung. Diese Vielpoligkeit und Langsamkeit politischer Entscheidungen hält die Schweizer Regierung ausserstande in Europa mitzutun. Die erwähnten Beispiele lassen sich seit Nizza ebenfalls verlängern - der Bundespräsident reiste an jene Konferenz, um einen "Bundesstaat" zu empfehlen, ohne dass seine Vorschläge jene der Regierung gewesen wären. Und was wir heute mit einer Regierung erleben, die "Schengen" verhandeln möchte, und mit einer Konferenz der Kantonsregierungen und einem Parlament, welche nur Tage nach ersten Signalen gegenüber Brüssel schon wieder bremsen - diese kakophone "Schweizer Stimme" steht in keinem Vergleich mit leichten Meinungsfluktuationen in andern Staaten.

Jedenfalls ist dies mein eigenes Unbehagen - und jetzt ist es nicht mehr stumm.

BASLER SCHRIFTEN ZUR EUROPÄISCHEN INTEGRATION

- Wir bestellen die Schriftenreihe im Jahresabonnement zu CHF 120.- (8-10 Nrn.). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.
- Wir bestellen folgende Nummern zum Preis von CHF 20.- (Doppelnr 30.-)
- Wir sind an einem Publikationsaustausch interessiert.
- Wir sind an Weiterbildungs-Unterlagen (Nachdiplomkurs) interessiert.

* *vergriffen*

- Nr. 1 Subsidiarität - Schlagwort oder Kurskorrektur (mit Beiträgen von Flavio Cotti, Jean-Paul Heider, Jakob Kellenberger und Erwin Teufel) (Doppelnummer)*
- Nr. 2 Ein schweizerisches Börsengesetz im europäischen Kontext (Tagungsband/Doppelnummer)*
- Nr. 3 Martin Holland, The European Union's Common Foreign and Security Policy: The Joint Action Toward South Africa*
- Nr. 4 Brigid Gavin, The Implications of the Uruguay Round for the Common Agricultural Policy
- Nr. 6 Urs Saxer, Die Zukunft des Nationalstaates
- Nr. 7 Frank Emmert, Lange Stange im Nebel oder neue Strategie? Die aktuelle Rechtsprechung des EuGH zur Warenverkehrsfreiheit
- Nr. 8 Stephan Kux, Subsidiarity and the Environment: Implementing International Agreements
- Nr. 9 Arbeitslosigkeit (mit Beiträgen von Christopher Boyd, Wolfgang Franz und Jean-Luc Nordmann)
- Nr.10 Peter Schmidt, Die aussenpolitische Rolle Deutschlands im neuen Europa
- Nr.11 Hans Baumann, Möglichkeiten und Grenzen der Sozialen Dimension nach Maastricht: Das Beispiel der Bauwirtschaft *
- Nr.12 Georg Kreis, Das schweizerische Staatsvertragsreferendum: Wechselspiel zwischen indirekter und direkter Demokratie
- Nr.13 Markus Lusser, Die europäische Währungsintegration und die Schweiz

- O Nr.14 Claus Leggewie, Ist kulturelle Koexistenz lernbar?
- O Nr.15 Rolf Lüpke, Die Durchsetzung strengerer einzelstaatlicher Umweltschutznormen im Gemeinschaftsrecht (Doppelnummer)
- O Nr.16 Stephan Kux, Ursachen und Lösungsansätze des Balkankonflikts: Folgerungen für das Abkommen von Dayton
- O Nr.17 Jan Dietze/Dominik Schnichels, Die aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zum Europäischen Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen (EuGVÜ)
- O Nr.18 Basler Thesen für die künftige Verfassung Europas (2. Aufl.)
- O Nr.19 Christian Garbe, Subsidiarity and European Environmental Policy: An Economic Perspective
- O Nr.20 Claudia Weiss, Die Schweiz und die Europäische Menschenrechtskonvention: Die Haltung des Parlaments 1969-1995
- O Nr.21 Gunther Teubner, Globale Bukowina: Zur Emergenz eines transnationalen Rechtspluralismus
- O Nr.22 Jürgen Mittelstrass, Stichwort Interdisziplinarität (mit einemanschliessenden Werkstattgespräch)
- O Nr.23 William James Adams, The Political Economy of French Agriculture
- O Nr.24 Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion (mit Beiträgen von Gunter Baer, Peter Bofinger, Renate Ohr und Georg Rich) (Tagungsband/Doppelnummer)
- O Nr.25 Franz Blankart, Handel und Menschenrechte
- O Nr.26 Manfred Dammeyer/Christoph Koellreuter, Die Globalisierung der Wirtschaft als Herausforderung an die Regionen Europas
- O Nr.27 Beat Sitter-Liver, Von Macht und Verantwortung in der Wissenschaft
- O Nr.28 Hartwig Isernhagen, Interdisziplinarität und die gesellschaftliche Rolle der Geistes- und Kulturwissenschaften
- O Nr.29 Muriel Peneveyre, La réglementation prudentielle des banques dans l'Union Européenne
- O Nr.30 Giuseppe Callovi/Roland Schärer/Georg Kreis, Citoyenneté et naturalisations en Europe
- O Nr.31 Peter Häberle, Gemeineuropäisches Verfassungsrecht
- O Nr.32 Jacques Pelkmans, Europe's Rediscovery of Asia. Political, economic and institutional aspects

- O Nr.34 Valéry Giscard d'Estaing, L'Union Européenne: Elargissement ou approfondissement?
- O Nr.35 Martin Holland, Do Acronyms Matter? The Future of ACP-EU Relations and the Developing World
- O Nr.36 Andreas Guski, Westeuropa - Osteuropa: Aspekte einer problematischen Nachbarschaft
- O Nr.37 Matthias Amgwerd, Autonomer Nachvollzug von EU-Recht durch die Schweiz - unter spezieller Berücksichtigung des Kartellrechts (Doppelnr.)
- O Nr.38 Manfred Rist, Infotainment oder Sachinformation? Die Europäische Union als journalistische Herausforderung (Doppelnummer)
- O Nr.39 Lothar Kettenacker/Hansgerd Schulte/Christoph Weckerle, Kulturpräsenz im Ausland. Deutschland, Frankreich, Schweiz
- O Nr.40 Georg Kreis/Andreas Auer /Christoph Koellreuter, Die Zukunft der Schweiz in Europa? Schweizerische Informationstagung vom 15. April 1999 veranstaltet durch das EUROPA FORUM LUZERN
- O Nr.41 Charles Liebherr, Regulierung der audiovisuellen Industrie in der Europäischen Union
- O Nr.42/3 Urs Saxer, Kosovo und das Völkerrecht. Ein Konfliktmanagement im Spannungsfeld von Menschenrechten, kollektiver Sicherheit und Unilateralismus
- O Nr.44/5 Gabriela Arnold, sollen Parallelimporte von Arzneimitteln zugelassen werden? Eine Analyse der Situation in der Europäischen Union mit Folgerungen für die Schweiz
- O Nr.46 Markus Freitag, Die politischen Rahmenbedingungen des Euro: Glaubwürdige Weichenstellungen oder Gefahr möglicher Entgleisungen?
- O Nr.47/8 Andrew Watt, „What has Become of Employment Policy?“ - Explaining the Ineffectiveness of Employment Policy in the European Union
- O Nr.49 Christian Busse, Österreich contra Europäische Union - Eine rechtliche Beurteilung der Reaktionen der EU und ihrer Mitgliedstaaten auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich
- O Nr.50 Thomas Gisselbrecht, Besteuerung von Zinserträgen in der Europäischen Union - Abschied vom Schweizerischen Bankgeheimnis?

- O Nr.51 Uta Hühn, Die Waffen der Frauen: Der Fall *Kreil* - erneuter Anlass zum Konflikt zwischen europäischer und deutscher Gerichtsbarkeit? EuGH, Urteil vom 11.1.2000 in der Rs. C-283/98, *Tanja Kreil/BRD*
- O Nr.52/3 Thomas Oberer, Die innenpolitische Genehmigung der bilateralen Verträge Schweiz - EU: Wende oder Ausnahme bei ausserpolitischen Vorlagen?
- O Nr.54 Georg Kreis, Gibraltar: ein Teil Europas - Imperiale oder nationale Besitzansprüche und evolutive Streiterledigung.
- O Nr.55 Beat Kappeler, Europäische Staatlichkeit und das stumme Unbehagen in der Schweiz. Mit Kommentaren von Laurent Goetschel und Rolf Weder.

Zu beziehen bei:

Europainstitut der Universität Basel, Gellertstrasse 27, CH-4020 Basel, Schweiz, Tel. ++41 (0) 61 317 97 67, FAX ++41 (0) 61 317 97 66, e-mail europa@unibas.ch, Internet: <http://www.unibas.ch/euro>